

Derstliches und Sächsisches.

Mies, den 10. März 1924.

Wiedereröffnung des Straßenbahnbetriebs. Nachdem der zwischen der Stadtverwaltung und dem Unternehmer Herrn Reich Müller abgeschlossene Vertrag rechtskräftig erlassen hat, soll nunmehr, wie aus dem Interimsteil ersichtlich ist, der Straßenbahnverkehr am Mittwoch, den 12. März, wieder aufgenommen werden. Die Fahrten erfolgen nach bestimmtem Fahrplan. Der erste Wagen verläßt früh 6,20 Uhr ab Albertplatz. Die Wiedereröffnung wird gemäß altem Fahrplan bearbeitet werden. Hoffentlich wird das Unternehmen genügend unterhalten, damit es möglich ist, den Straßenbahnverkehr bis zur Schaffung eines zeitgemäßen Verkehrs mittels aufrecht zu erhalten.

Nachbetrieb im Fernverkehr. Am Sonnabend berichteten wir, daß den Fernverkehrsnehmern künstliche Gelenke abgeben ist, telefonische Gespräche bis nach 1 Uhr zu führen. Wie wir hören, ist diese sehr willkommene Einrichtung von der Linde-Hofmann-Pauschammer u. G. beantragt worden und wird auch von dieser Firma finanziert.

Strauß-Abend des Beamten-Vereins. Der 20. u. G. Die abendliche erlesene Bühnenschauspiel stand ganz im Sinne der einstigen Werten des Wiener Strauß und seiner Söhne, die der leichtschwingenden Musik Rhythmus und Melodien von Wiener Blut, gemüßtem Leben und lachendem Feuer beibringt. Selbst der immerwiederkehrende „Walzerakt, der uns alle packt“, vermochte kaum zu ermüden. Der Abend gewann Interesse auch insofern, als der Hofkapellmeister u. a. Johann Strauß der Interpret der Werke seiner Vorfahren wurde. Johann Strauß (Enkel) dirigierte mit dem Schwager, der vom Wiener Barock überliefert ist. Jedoch ohne die akademische Präzision, die für den Orchesterdirigenten eine der ersten Aufgaben ausmacht. In der Fantasie aus der „Niedermaus“ kam das besonders zum Ausdruck. Wenn er nicht ein so tadelloses Orchester, das sich schnell einführen und einfallen konnte, unter den Händen gehabt hätte, könnten die agonalen und rhapsodischen Wechsel leicht zu Differenzen führen. Johann Strauß greift auch dann und wann zur Violine, aber nicht in dem Maße wie sein Vorfahr, der Walzerkönig, der in künstlerischer Intuition seine Musiker damit führte, sondern mehr unwillkürlich, fragmentarisch. In seiner Hand wird damit die Geige zum Akzent, nicht mehr zum Mittel der Direktion. Und zuletzt fordert die Direktion eines Wiener Walzers nicht das Maß physischer Anstrengungen, wie uns das Johann Strauß zeigt. Wieviel durchschwitzte Oberlippen mühte dann ein Symphonie-Dirigent an einem einzigen Abend in seine heimlichen Venen zurückzutragen! So vermochte Johann Strauß mehr als Person zu interessieren, weniger als Dirigent. Wie ganz anders Reding, unter seiner Präzision, allem Schön abholden, ruhig-vornehmen Leitung kam sein Walzer „Mein Glück“ ganz vortrefflich zur Ausführung. Da fehlt es in seiner Beziehung an Straffheit des Rhythmus, an Klarheit der melodischen Linien, an Befähigung der agonalen und dynamischen Forderungen. Mag sein, daß der Laie und der Dilettant von Johann Strauß Enkel entsetzt ist, der Musiker vermag seiner Auffassung der Direktion nicht in dem Maße beizupflichten. Wie schon angedeutet, war das Orchester, die verstärkte Pflanzkapelle, nunmehr ein Provinzorchester erster Qualität, der eigentliche Träger der Vermittlung Straußscher Weisen. Ihm vor allem und seinem Führer dankte die beifallsstrebend bestimmte Menge in erster Linie.

Wahlspiel der Sächs. Staatsoper. Wie aus dem Interimsteil ersichtlich ist, findet am Freitag, den 25. April, im Stern wieder ein Wahlspiel der Sächs. Staatsoper mit der dreiaktigen Operette „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß statt. Ausführend sind das große Opernensemble, der Operchor, das Soloballettpersonal, die Staatsoper- und die Bühnenkapelle.

Der gestrige Sonntag war ebenfalls, wie bereits der erste Märzsonntag, vom Regen des Frühjahrs erfüllt und es scheint fast, als ob sich der März vorzuziehen haben mag, endlich mit der Milderheit von Eis und Schnee, von Blütenwirbel und glühenden Eiszapfen zu brechen. Zwar ist es ihm immer noch nicht gelungen, die Verwüstung zu tilgen, die der grimmige Winter verurteilt zu wollen schien; in der Nacht zum Sonntag mühte man immer noch einmal 8 Grad Räte in Kauf nehmen. Aber am Sonntag morgen leuchtete heller Sonnenschein vom blauen Himmel, der sich denn auch während des ganzen Tages durchzieht. Kein Wunder daher, daß die Menschen hinausströmten ins Freie. Noch wird freilich der letzte Kampf nicht ausgetrieben sein, noch wird der Winter neue Vorstöße versuchen, aber seine Macht ist gebrochen. Das kündigt der leuchtende Märztag, und jubelnd und schneefrisch spannt die Menschenseele ihre Flügel aus — dem Frühling entgegen.

Verhaftete Einbrecher. In einem der letzten Tage vergangener Woche wurde die Dresdner Polizei von Mies aus verständigt, daß Dresdner Einbrecher sich mit Diebstahl im Zuge auf der Fahrt nach Dresden befinden. Die Bahnhöfe wurden sofort beobachtet, aber die signalisierten Diebe nicht bemerkt. Einige Zeit nach der Ankunft des Zuges erschien am Gepäckhalter des Dresdner Hauptbahnhofs ein Beauftragter, um einen verdächtigen Heiseford abzuholen und nach der Högstraße in Vorstadt Cotta zu bringen. Der betreffende Korb wurde angehalten, geöffnet und darin ein großes Brechweiss und über zwanzig Hühner vorgefunden. Die Tiere waren nicht abgeschlachtet, sondern mittels feinem Brechweiss erstickt oder aber nur betäubt, und dann in den Korb gepackt worden. Eines dieser so gequälten Tiere verstarb noch davon zu liegen. Der Polizei gelang es alsbald die in Frage kommenden roten Hühnerbände in Cotta zu ermitteln und festzunehmen. Es waren dies ein Kraftwagenführer und ein jüngerer Arbeiter. Ob beide noch andere gleiche Straftaten verübt, dürfte die Erörterungen ergeben. Im vorgenannten Falle hatten die in Vorstadt Cotta wohnhaften Epizuben ein Bauerngut in Schreybitz erbrochen und den Geflügelstall ausgeplündert.

Landesverband Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine. Der Landesverband Sachsen im Bunde Deutscher Mietervereine hielt am Sonnabend und Sonntag im Volkshaus in Wina eine außerordentliche Tagung ab, die aus allen Teilen des Landes besucht war. Vertreten waren alle 18 sächsischen Bezirksverbände, die zusammen 487 Vereine bzw. Ortsgruppen mit 264000 Mitgliedern umfassen.

Nicht ohne Geleitschein ins besetzte Gebiet reisen! In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, in denen französische und belgische Militärgerichte im besetzten Gebiet Deutsche verurteilen, weil sie ohne den erforderlichen Geleitschein die Befreiungsbüchse in das besetzte Gebiet eingereist sind. Ausgehend nehmen diese Leute im unbesetzten Gebiet irrtümlicherweise an, die Einreise in das besetzte Gebiet sei ohne weiteres gestattet. Um den Reisenden Unannehmlichkeiten zu ersparen, sei daher nochmals darauf hingewiesen, daß Bewohner des unbesetzten Deutschlands nur dann in das besetzte Gebiet einreisen können, nachdem sie sich von einem Bezirksdelegierten der Interalliierten Rheinlandkommission in Speyer, Mainz, Wiesbaden, Trier, Coblenz, Bonn (für die französische Zone), Baden, Krefeld (für die belgische Zone), vom sächsischen Verkehrsamt in Köln (für die britische Zone) oder von einem Divisionsgeneral in Düsseldorf (für den Saarland) oder Duisburg (für das Ruhrgebiet) ausgeben lassen.

Wien am Sonntag des Einreisebesatz ist schließlich an die vorgenannten Stellen zu richten. Dem Besuch sind beizufügen: ein deutscher polizeilicher Personalausweis, 2 Lichtbilder und eine Gebühr von 5 Goldmark in Devisen (in Köln 3 Mark). Es ist zweckmäßig, sich bei Einreichung der Gesuche der Vermittlung eines Geschäftsfreundes, eines Verwandten, einer Danbelschammer oder eines Bürgermeisters im besetzten Gebiet zu bedienen.

Die Verordnung über das Schulgebet. Die Annahme weiter Fernreise, daß in den Schulen wieder gebetet werden müßte, ist irrig. Die Verordnung macht die religiösen Übungen nicht zur Pflicht, sondern läßt deren Abgabe lediglich optional. Dem wird von der christlichen Seite auch zugestimmt, da man deren Abgabe von anderen Lehren gar nicht für wünschenswert erachtet. Immerhin beweisen die Forderungen der Eltern an die Lehrer, die religiösen Übungen zu halten, deutlich, wie gerechtfertigt die Aufhebung des Verbots durch den letzten Minister Dr. Bauer war. Dem Willen der Eltern wurde allenthalben nachgegeben, wenn deren Forderung auf Sammlung der vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder in Sonderklassen Rechnung getragen wurde.

Der Beamtenabbau. Vom sächsischen Innenministerium ist eine Verordnung im Zusammenhang mit dem Abbaugesetz erlassen, wonach infolge der Ueberzahl der vorhandenen Obersekretäre und Verwaltungsinpektoren diese verpflichtet sind, falls sie als ersetzende Beamte nicht beschäftigt werden können, Registraturarbeiten zu übernehmen. Es wird sich fern nicht vermeiden lassen, die Registraturdienste verlassenden Sekretäre und Assistenten unter Umständen mit Hausarbeiten zu beschäftigen.

Die geplante Erhebung der Ausländergebühren an deutschen Hochschulen. Dem Vernehmen nach besteht begründete Aussicht, daß die bisher erhobenen, zum Teil sehr hohen Ausländergebühren für die an deutschen Hochschulen studierenden Ausländer für das kommende Sommersemester erheblich herabgesetzt werden. Voraussichtlich wird der Ausländerzuschlag allgemein auf 30 Goldmark ermäßigt werden. Sollte es die Finanzlage gestatten, kann vielleicht für spätere Semester dazu Übergangene werden, ganz auf den Zuschlag zu verzichten.

Textilarbeiterausperrung in Jittau. Die „Jittauer Morgenzeitung“ veröffentlichte eine Zuschrift des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie Ostsachsens, aus der hervorgeht, daß die Textilindustriellen der Betriebe von Jittau und Oberdors über gesamten Arbeiterchaft für den nächstzulässigen Termin gekündigt haben. Der Grund hierfür sei in einem Konflikt im Betrieb der Mechanischen Weberei Jittau über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erblicken.

Umstellung der Landeskulturrentenbank auf Goldmarkrechnung. Dem Landtag ist, wie vom Rechnungswesen bereits gemeldet, ein Antrag vom 1. und 2. (u. G.) zugegangen, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Gesetz über die Landeskulturrentenbank vom 30. Juli 1914 auf Goldbasis umgestellt wird. Wie wir dazu weiter hören, liegt dem Gesamtministerium bereits ein entsprechender Gesetzentwurf über Umstellung der Landeskulturrentenbank auf Goldmarkrechnung vor, der gleichzeitig eine Erweiterung der Landeskulturrentenbank auf Gewährung von Darlehen für Aufforstung von Rändern und Blößen enthält.

Einziehung der Landwirtschaftsabteilung im Reichsministerium. Von der deutschen Reichsregierung ist im sächsischen Landtag folgender Antrag eingebracht worden: Es ist bekannt geworden, daß sich die Regierung mit der Absicht trägt, die 5. Abteilung des Reichsministeriums aufzuheben und die landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe zur Bearbeitung zu übertragen. Wir erbitten in diesem Sinne eine schärfere Benachteiligung der Belange der unter besonders schwierigen Verhältnissen arbeitenden sächsischen Landwirtschaft und beantragen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die 5. Abteilung des Reichsministeriums als besondere Abteilung für Landwirtschaft bestehen zu lassen!

Der Prozess Reigner. Der Prozess gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Reigner und seinen Mitangeklagten Möbius findet bekanntlich am 14. März vor dem Leipziger Landgericht statt. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen. Die Verteilung der Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwältin v. Alsbach (Berlin) und Richter (Leipzig). Der bisherige Verteidiger Reigner, Dr. Curt Graf (Leipzig) hat sein Amt niedergelegt. Gründe hierzu sind nicht bekannt. Die Verhandlung wird von Landgerichtsdirektor v. Wilsdorf geleitet. Für den Prozess ist der große Schwurgerichtssaal in Aussicht genommen. Die Verhandlung ist öffentlich, doch werden wegen starken Andrangs Eintrittskarten ausgeben, die bereits vergriffen sein dürften. — Der Untersuchungsausschuss gegen Dr. Reigner hat, wie aus Dresden gemeldet wird, beschlossen, an der Hauptverhandlung gegen den einstigen sächsischen Ministerpräsidenten am 14. März teilzunehmen und sich dann über seine fernere Tätigkeit für die Reichsregierung zu entscheiden. Da Reigner möglicherweise Revision gegen das Urteil einlegen wird, wird wahrscheinlich geraume Zeit vergehen, bis die Akten dem Untersuchungsausschuss übergeben werden können. Im übrigen bezieht der Ausschuss noch, durch das Justizministerium eine Urteilsausfertigung zu erbitten.

Mündlich. Gemeindeverordneten-Sitzung am 6. März 1924. In Punkt 1 der Tagesordnung nimmt man Kenntnis von Steuererlägen. In Punkt 2 wird zur Abdeckung von Tilgungsschulden der Antrag von Kreditlinien der in Frage kommenden Serien genehmigt, soweit die Restverhältnisse es zulassen. In Punkt 3 wird widerspruchlos der im Wuchererplatz befindlichen Ministeriums für Wahlen in Ausübung und Grenzlinien der Gemeinde als Ortsgesetz beschlossen. In Punkt 4 berichtet Gemeindeverordneter Barthe über das Ergebnis von Verhandlungen zum Ankauf des Porenassischen Gutes, das zum Tagwerth anzukaufen vom Verwaltungsausschuss empfohlen wird. Gemeindeverordneter Dietrich empfiehlt ebenfalls den Ankauf, damit die leibliche Landfrage eine Lösung findet. Er weist ferner darauf hin, daß damit gleichzeitig verschiedene Gemeindeaufgaben erfüllt werden können, u. a. die Wohnungsfrage und die des Feuerwesens. Einmütig wird zum Ankauf Zustimmung erteilt und ein Berechnungsbild von 85000 Mark bewilligt, in dem sich gleichzeitig die Kosten für die vorzunehmenden Reparaturen befinden. In Punkt 5 wird in zweiter Lesung der 17. Nachtrag zur Hundesteuerordnung ohne Ausdrucks einstimmig genehmigt. In Punkt 6 berichtet der Gemeindevorsteher über eine aufgelegte Polizeiverordnung über das Verbot des unbesetzten Strellen- und Wildernlassen von Hunden. Die Polizeiverordnung soll dem Gehn des Publikums dienen, insbesondere aber auch die Klagen beseitigen, welche seitens der Grundstücksbesitzer immer wieder geführt werden. Gemeindeverordneter Dr. Schreddebach tritt nur für das Befolgen von Hunden ohne Steuermarken ein. Gemeindeverordneter Richter tritt dieser Auffassung entgegen, weil damit der wirkliche Zweck einer Polizeiverordnung nicht erreicht wird. Die Frage der Führung einer Steuerkarte begründet die lediglich nur den Ertrag der Hundsteuer. Der Wert der Polizeiverordnung sei zunächst die Befreiung des Hundebesitzers, nicht der Steuerpflicht. Gemeindevorsteher

Barthe hat auf, daß es vorzuziehen wäre, daß auf Hundsteuer, die nach im Grundbuch eingetragen, sich vom Grundbuch entfernen und dadurch dem Hundebesitzer zufallen könnten. Gemeindevorsteher Richter wendet sich gegen die Höhe der Hundsteuer. In der weiteren Ausführung, an der sich der Vorsitzende, Gemeindeverordneter Barthe und Richter beteiligen, werden die Bemerkungen damit zurückgewiesen, daß eine Polizeiverordnung vollständig den Zweck verfolge, wenn sie nicht ausreichend sei. Vom Standpunkt des öffentlichen Interesses sei die vom Verwaltungsausschuss vorgeschlagene Fassung zu empfehlen. Gegen zwei Stimmen wird die Polizeiverordnung im vollen Umfang zum Beschluß erhoben. In Punkt 7 berichtet Gemeindeverordneter Richter über die Frage des Personalabbaues bei der hiesigen Gemeindeverwaltung. Die Frage wäre in mehreren Sitzungen erörtern worden. Der Abbaufeld sei schließlich vorgeschrieben und die Möglichkeit des Abbaues sei schließlich entschieden. Bei unserer Gemeindeverwaltung wäre die eingesparte Ausschussbeamtenstelle und die Restenstellen abzubauen. Mit diesem Abbaufeld sei dem Gehn Gehalt gekürzt, ein weiterer Abbaufeld wäre zu beschließen. Folgt bei der Durchführung der seit Gründung der Berufsämter Verwaltung hinzugekommenen Aufgaben. Gemeindevorsteher Richter erklärt namens seiner Fraktion, daß sie ursprünglich auf größerem Abbaufeld beharren wollten, nach Durchführung der Beamtenvertretung und der Einwendungen des Herrn Vorsitzenden aber mit der vom Verwaltungsausschuss vorgeschlagenen Abbaufeld einverstanden seien. Er widmet dabei Worte der Anerkennung der Beamtenchaft, die in vielen Stunden von Nacharbeit eine Anzahl von Beamten erreicht habe, deren Abbaufeld eine Anzahl von Beamten erreicht worden wären. Einmütig wird der Vorschlag des Verwaltungsausschusses angenommen.

Rollen. Die Vaterschaft Steuererklärung der Eichenlehn wurde vorläufig hingenommen, um das seit circa drei Monaten bestehende Verzeichnis nicht noch weiter auszuweiten. Von der Bekämpfung dieses Verzeichnisses wurden circa 90 Arbeiter betroffen. Die Polizeiverordnung arbeitet ohne Unterbrechung weiter.

Dresden. Am 7. 3. in der Zeit von 12,15 bis 2,45 Uhr nachmittags, wurden aus einem Geschäftshaus Ecke Rathblau- und Winkler Straße von Nachschlüssel diebstahl ein braunlederener Koffer, enthaltend 2 weiße und 1 roten Seidenjumper, 1 Damenmantel (Wendeband), 2 dunkelblaue und 1 schwarzes Damenkleid, 1 blaues und 1 rotfarbendes Kleid, 2 seidene Tricotkleider, blau und gelb, 1 silberfarbene Jacke mit grau, 3 gebildete Wolljumper und 1 Tubend schwarzleiderne Damenkorsetts, gestohlen. — In der Nacht zum 7. 3. haben unbekannte Diebe aus einem Wohnhaus in der Schillerstraße nach Herkunftsraum der Schaulenstraße 1 grauerpizten Damenmantel, 1 dunkelblaues Cabardinkleid mit 3 Trichterzipfen und schwarzer Krawatte, 2 weiße Bolleiden und 1 goldfarbenen Jumper aus Kunstseide gestohlen. — Aus einem Schuhgeschäft in der Lohndauerstraße in Vorstadt Cotta wurden in der Nacht zum 7. 3. von Einbrechern 12 Stück Sockenleider, 2 halbe Rindschinken, 20 Paar unterschiedener Sockenleider, 150 Paar Gummischuhe und mehrere Paar neubelohnte Herren- und Damenstühle gestohlen.

Ortsrat bei Jittau. Das Opfer eines Raubmordes ist der 67jährige Viehhändler Heinrich Buttig aus Jittau auf der einsamen Lastraße zwischen Stumberg und Reutnitz bei Ortschaft geworden. Buttig wurde gegen Mittag mit tiefen blutenden Stich- und Hiebverletzungen am Kopf auf der Straße angetroffen. Er konnte trotz seiner schweren Verletzungen bis nach Ortschaft gehen, wo er im katholischen Kinderheim durch Dr. Köpfer verbunden wurde. Infolge des großen Blutverlustes war Buttig aber so geschwächt, daß er kein Wort sprechen konnte. Er wurde mittels Sanitätswagens nach Jittau transportiert und ist hier im sächsischen Krankenhaus, ohne daß er vernunftfähig gemessen wäre, seinen Wunden erliegen. Die sofort von der Gendarmerie angehaltenen Erörterungen lassen darauf schließen, daß Buttig von einem oder mehreren Mordgehilfen auf der offenen Straße angefallen, durch Hiebe und Stiche verletzt und dann seiner Barchast in Höhe von 700 Goldmark wie seiner Uhr beraubt worden ist. 300 Mark hatte Buttig vorher ausgegeben. Bieleicht hatten die Mörder gesehen und sind es auf das Geld, das er bei sich führte, zu seinem Unglück aufmerksam gemacht worden.

Jittau. Wie die Jittauer Morgenzeitung meldet, hat der Stadtrat von Jittau kürzlich in der Bücherei gelegenen Stadt Deutsch-Gabel seit einem Jahre zum erstenmale wieder einen Besuch ab. Unter Führung des Oberbürgermeisters Zwingersberger hatten sich die Mitglieder der sächsischen Kollegien von Jittau in Deutsch-Gabel eingefunden. Oberbürgermeister Zwingersberger wie Bürgermeister Kraus lasen Worte des freundschaftlichen Verhältnisses, wobei auch auf das langjährige Bestehen der Stadt Deutsch-Gabel im Jahre 1895 hingewiesen wurde.

Chemnitz. Am Freitag nachmittags fuhr ein der hiesigen Bierhandlung Bernkeins gehöriges Biergeschirr, von einem Kutscher nach zwei Beifahrern begleitet, auf der Landstraße zwischen Grünau und Reichenbrand entlang. In einer abschüssigen Straßenstelle kam dem Wagen ein anderes Geschirr entgegen. Der Kutscher des Bernkeinschen Fuhrwerks wie auch die beiden Begleiter waren abgestiegen, um den Werben das Bieren zu erleichtern. Dabei ging der Kutscher links, ein Beifahrer rechts und der andere hinter dem Wagen her. Infolge von Mähte kam das schwere Geschirr ins Rollen und schlug plötzlich um. Während der Kutscher und der hinterbergehende Beifahrer dabei heil davongingen, konnte der rechts des Wagens gehende Mächtige Beifahrer Kurt Schilbach von hier sich nicht in Sicherheit bringen und wurde von dem nach dieser Seite flüchtenden Geschirr so unglücklich getroffen, daß der Schlagende einen Schädelbruch erlitt, der den sofortigen Tod des jungen Mannes, der sich in wenigen Wochen zu verheiraten gedachte, zur Folge hatte. Die auf tiefste ershörenden Arbeitskollegen brachten ihren unglücklichen Kameraden auf dem Wagen mit nach Chemnitz.

Chemnitz. Hier wurde beim Beeren der Abortgrube auf dem Bahnhof Glauchau ein etwa neun Monate altes Kind als Leiche aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob das Kind von einer hiesigen oder auswärtigen Frau abgebracht worden ist. Man vermutet, daß es sich um die Mutter des Kindes selbst handelt, die in einem unbesetzten Augenblick in den Frauen-Abortanlagen das Kind getötet hat. Die Untersuchungen sind im Gange.

Röhrsdorf. In der Bleicheret der Firma Reinhard Berger ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Eine 16jährige Arbeiterin stürzte in einen laufenden Förderbottich und verbrühte sich daran, daß sie ihre Ueberführung in das Krankenzimmer nötig machte. Angeblich soll ein Arbeiter sie im Eifer in die Höhe gehoben haben, wobei er ausglitt, so daß das Mädchen in den Bottich stürzte. Er holte sie wieder heraus und verbrühte sich beide Arme. Das arme Mädchen ist noch am gleichen Abend verstorben.

Wegau. Beim Schlachten einer Kuh, die, wie sich später herausgestellt hat, an Milchrind erkrankt war, wurde der Fleischer Richard Kugel aus dem benachbarten Gersdorf von dieser gefährlichen Krankheit angeheft. Trotz aufgesuchter ärztlicher Hilfe (in Leipzig) ist der allgemein beliebte 41 Jahre alte Mann nach achtstägigen, schweren Leiden des fürchterlichen Todes zum Opfer gefallen.

Leipzig. Seit einigen Tagen wurde ein Wehrfremder aus Kassel, der Kaufmann Ferdinand Richter, vermisst. Am Freitag nachmittags ist dieser Mann in Schleiz als Wehrfremder aus der Elber ausgesprochen worden. Ob ein Unfall vorliegt oder ein Verbrechen oder Verbrechen, ist noch nicht geklärt.

Neue Reichsübermünzen.

Der Reichentwurf über die Ausprägung neuer Reichsübermünzen, mit dem sich der Reichsrat am Sonnabend beschäftigte, sieht die Ausprägung von Goldmünzen im Wert von 1, 2, 5 und 10 Mark vor; zunächst soll ein Betrag von 500 Millionen ausgegeben werden. Die öffentlichen Kassen des Reiches und der Länder müssen jeden Beitrag in diesen Silbermünzen annehmen, während die Ausgabe für den übrigen Verkehr auf den Betrag von 20 Goldmark beschränkt bleibt. Der Reichsrat hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt. Gegenüber den Bedenken, daß durch die Ausprägung neuer Reichsübermünzen eine neue Inflation herbeigeführt werden könnte, wurde folgende Erklärung der Reichsregierung in Protokoll gegeben:

Das zurzeit noch umlaufende Notgeld wird mit unbilliger Beschleunigung aus dem Verkehr gezogen werden. Der Reichsminister der Finanzen wird dem Reichsrat jeden Monat den in den Verkehr gekommenen Betrag an Silbermünzen und den Betrag der aus dem Verkehr zurückgezogenen Zahlungsmittel bekanntgeben und, wenn der Reichsrat nach dieser jeweiligen Bekanntgabe Bedenken gegen die weitere Ausgabe der Silbermünzen erhebt, diese Ausgabe einstellen und nur nach Einverständnis mit dem Reichsrat wieder aufnehmen.

Die Ausschüsse haben an der Vorlage noch die Forderung vorgenommen, daß das Münzgesetz vom 18. März 1908 geändert wird, und zwar sollen es 500 Teile Silber und 500 Teile Kupfer sein. Zunächst sollen sowohl Münzen geprägt werden, als auf jeden Kopf der Bevölkerung fünf Mark entfallen. Im Laufe der Zeit soll diese Summe mit Zustimmung des Reichsrates auf zehn Mark erhöht werden. Die Vollversammlung erklärte sich mit den Ausschlußbeschlüssen einverstanden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. März 1924.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die Räumung um die Sozialpolitik.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte in der heutigen Sitzung des Reichsrates, daß die Räumung um die Sozialpolitik ein außerordentlich stark befehltes Werk sei. Die Räumung der Sozialpolitik ist die Aufgabe der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, die eine mehr als zweifelhafte Rede über das Thema: Der Kampf um die Sozialpolitik. Der Minister wies hin auf die gewaltigen Ansprüche, die nach dem Kriege an die Sozialpolitik gestellt wurden. Zunächst sollen sozialer Wille und soziale Gerechtigkeit, dessen rechtliche Behandlung hauptsächlich durch die Furcht der Sozialdemokratie vor der Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber verhindert worden sei. Von Arbeitserleichterung ist leider gegen das Arbeitsgesetz verstanden worden durch Bestimmungen, die auf die Einführung des sechsstündigen 10 Stundenarbeitstages hingen. Trotz der durch die Not herbeigeführten Verminderung der Leistungen der Sozialversicherung seien unangefastet geblieben Arbeitslos, das Arbeitsrecht, das Tarifrecht und das Betriebsverhältnis. Die Industrie an der Ruhr und am Rhein habe unter dem Druck der Arbeitslosigkeit gelitten und sei heute durch die Kreditnot noch immer in größten Schwierigkeiten. Die Kosten der Währungsreform müßten dieser Industrie abgenommen und bei der Gesamtregelung der Reparationsfrage auf das ganze Reich umgelegt werden.

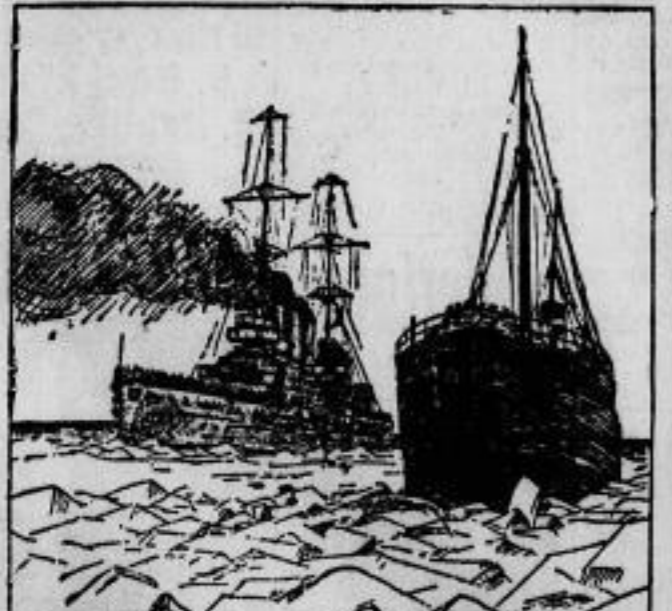
Der Hamburg-Berliner D-Zug entgleist.

Hamburg. Am Sonnabend entgleiten von dem 6.48 Uhr abends von Hamburg nach Berlin fahrenden D-Zug die beiden letzten Wagen zwischen den Stationen Rohnstedt und Grabsdorf. Die Ursache der Entgleisung ist in einem Schienenbruch zu suchen. Reisende wurden nicht verletzt.

Unwahre Nachrichten über v. Raabes Aufenthalt.

Die Nachrichten über v. Raabes Aufenthalt sind unrichtig. Die Nachricht eines Schweizer Blattes, wonach sich v. Raabe nach der Schweiz begeben und der Zeugenschaft im Oltzprozess entzogen habe, ist eine böswillige Verleumdung. Von Raabe weiß in München und wird voraussichtlich schon in den nächsten Tagen als Zeuge vor dem Gericht erscheinen. Ebenso unwahr ist die Nachricht Berliner Blätter, daß Herr von Raabe als Regierungsrat in Coblenz zurückgetreten sei oder den Abschied eingereicht habe.

Die in der „Großdeutschen Zeitung“ berichtete, daß Justizrat Kohl gegen den Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung“ in München, Max Hellgemoer, wegen verurteilender Beleidigung durch zwei Artikel dieser Zeitung am Oltzprozess Privatklage erhoben. Nach dem gleichen Blatt hat Justizrat Kohl gegen den Verleger des „Staatsanwalts“, der die Unterjochung gegen den Hauptmann a. D.



Die „Braunschweig“ befreit ein Schiff aus dem Nordsee. Unser Bild zeigt die „Braunschweig“ als Retterin anderer Schiffe aus der Not des Nordsee. Der lange Winter hat die fast vollständige Einfrierung der Ostsee verschuldet. Die Eisbänke türmen sich auf den Dänen, das Eis hat die Landungsstege erdrückt, und viele Schiffe, die auf offener See eingetroffen sind, waren in Gefahr, ebenfalls erdrückt zu werden. Die Reichsmarineinfanterie in Kiel wurde wieder und wieder in der Not mittels Funkspruch um Hilfe angerufen. Die „Braunschweig“ erhielt den Auftrag, als Schuttschiff den Schiffen zu Hilfe zu eilen. Das war keine Kleinigkeit, denn das Eis war zum Teil über einen Meter stark. Dennoch gelang es dem genannten Schiff, bisher etwa 40 Schiffe verschiedener Nationalität aus der bedrohlichen Lage zu retten. Vielen ging es dabei bereits ans Leben, viele Insassen waren dem Untergang nahe, manche Schiffe in Gefahr, vom Eis zertrümmert zu werden. Der Kommandant der „Braunschweig“, Kapitän zur See Wittig, hat die verantwortungsvolle Expedition mit großer Mäßigkeit und großer Geschicklichkeit durchgeführt; dieses Bild rühmt von dem Helden der Expedition der „Braunschweig“ mit.

Deutschland und Österreich.

Wien. Die Blätter veröffentlichten heute den Bericht des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns über den Verlauf der Berliner Verhandlungen. Der Eindruck geht dahin, daß die maßgebenden Stellen in Berlin das ernste Bestreben hätten, in Österreich ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zu kommen, soweit dies die vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands zu den übrigen Staaten zuließen.

Die österreichischen Sachverständigen. Der zweite Delegierte Belgiens bei der Reparationskommission Gutt erklärte: Der Bericht der Ausschüsse würde nicht vor 10 Tagen der Reparationskommission überreicht werden. Die Reparationskommission sollte die Lage sehr günstig auf. Die Sachverständigen aller Länder hätten es verstanden, auf besonders Interessen ihrer Länder zu verachten.

Die Pariser Presse und das Geldbuch. Die Pariser Abendblätter drucken lange Auszüge aus dem Geldbuch ab. Sie begnügen sich im allgemeinen mit ziemlich einseitigen Kommentaren. Ueberschüssig wird festgestellt, daß die englische Regierung seit 1919 mit mehr Ehrlichkeit als Wahrheitsliebe dem Abschluß eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Garantievertrages auszuweichen verstand.

Die Pariser Presse und das Geldbuch. Die Pariser Abendblätter drucken lange Auszüge aus dem Geldbuch ab. Sie begnügen sich im allgemeinen mit ziemlich einseitigen Kommentaren. Ueberschüssig wird festgestellt, daß die englische Regierung seit 1919 mit mehr Ehrlichkeit als Wahrheitsliebe dem Abschluß eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Garantievertrages auszuweichen verstand.

Die Pariser Presse und das Geldbuch. Die Pariser Abendblätter drucken lange Auszüge aus dem Geldbuch ab. Sie begnügen sich im allgemeinen mit ziemlich einseitigen Kommentaren. Ueberschüssig wird festgestellt, daß die englische Regierung seit 1919 mit mehr Ehrlichkeit als Wahrheitsliebe dem Abschluß eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Garantievertrages auszuweichen verstand.

Turnen, Sport und Spiel.

Um die Gauweikerkampfe. Vernichtende Niederlage des Döbelineer Gauweikerkampfes - Männerspiel der Einheimischen. Das erste Wiederholungskampfe hatte abermals eine katalische Aufdauerermerse angeleitet, doch konnte der Kampf nicht auf dem RSE-Platz ausgetragen werden, sondern auf dem ebenfalls genehmigten früheren Auenwald. Es ist schon lange Zeit verstrichen, wo die RSE-Elf in allen Teilen beherrschte konnte, aber in diesem Spiele lieferte die Elf den Beweis, daß in ihr noch Können steckt und daß sie den Kampfsport ausbilden kann, der ihr vor zwei Jahren die Kreisweikerkampfe sicherte. Die Meister waren in jeder Beziehung um eine Klasse besser und Angriffe auf Angriffe rollte auf des Gegners Tor, so daß die gute Verteidigung der Gäste voll und ganz aus dem Konzept kam, zumal auch die Hinterreihe an das Können ihres Gegenders nicht heranreichte. Der linke Sturm war somit schon um ein beträchtliches benachteiligt oder aber verpuffte die wenigen gefährlichen Angriffe an der Verteidigung, so daß der Torwächter selten eingreifen brauchte. Sämtliche Torerfolge fielen nach prächtiger Kombination und begann den Reigen, nachdem Darba mit einem Überlagerungsstoß in den ersten Minuten in Führung eing. Rische, dem kurz darauf von den 2. Torer anreichte. Bis zur Pause erzielten die Spieler und Junge die Tore auf 5. Auch nach Halbzeit lagen die RSE immer wieder im Angriff und schickten schließlich das Resultat auf 7:1. Jedemfalls gebührt der gesamten Elf ein Kompliment und jeder einzelne aus dem Beste aus sich heraus. Der lehrzeit hatte aber anständig durchgeführte Weikerkampfe hatte in Herrn Tag („Sportlust“) Dresden einen unrichtigen und korrekten Fehler. - Am Sonntag findet in Döbeln (DSE-Platz) unter Leitung von Tag Dresden der Entscheidungskampf statt.

Rennen zu Dresden. Für die diesjährigen Dresdener Rennen sind nunmehr folgende Termine endgültig festgelegt worden: 6., 6., 20. und 22. April (Ostern), 29. Mai (Himmelfahrt), 8. und 10. Juni (Wagnisten), 30. und 31. August, 4., 5., 26. und 31. Oktober, 2. November.

Der Stand des Berliner Sechstagesrennens. Das Rennen wird gestern nachmittags einen äußerst starken Versuch auf. Die 5-Uhr-Wertung sah die folgenden Fahrer als Sieger: 1. Spurt: Krupat, 2. Spurt: Samal, 3. Spurt: van Red, 4. Spurt: Krupat, 5. und 6. Spurt: Witt. Zurückgelegt waren in der 67. Stunde 2161,510 km. Der Stand des Rennens um 5 Uhr nachmittags ist folgender: van Red-Weestops 94, Krupat-Dulcke 80, Saldo-Sawal 78, Witt-Vermanow 78, Lorenz-Rehmer 61, Stabow-Sawal 46, Taylor-Hahn 20 (2 Runden zurück), Storm-Blumenfeld 18 (1 Runde zurück), Hoch-Schrage 12 Punkte (1 Runde zurück). Mehrere Vorhohersuche sind gescheitert. Verschiedene Fahrer wurden wegen schlechter Abführung mit Strafen belegt. Aus dem Verlaufe der letzten Nacht ist noch nachzutragen, daß in der 55. Stunde Wärmien von 500, 300 und 200 Mark ausgefahren wurden. Sieger waren van Red, Saldo und Krupat. Die Wärmien in der 65. Stunde von 500, 300, 200 und 100 Mark gewonnen von Red, Saldo, Wietto und Witt. Die Sammlung für ein Denkmal von Adolf Hufschke hat über 1000 M. ergeben.

Vermischtes.

Aushebung eines Schiffernestes in Dortmund. Von der Dortmunder Kriminalpolizei wurden die Kaufleute Kohl und Korbmacher und eine Verkäuferin wegen gewerkschaftlicher Delikte verhaftet. Kohl und Korbmacher hatten in der Weinrentage eine Goldanleihe, die in der Gegend von Worms und Mannheim gehalten worden waren, aufzukaufen. Den im Gerichtsgefängnis zu Mainz in Untersuchungshaft sitzenden Einbrechern sind bisher 23 solcher Einbrüche nachgewiesen worden. Unter anderem wurde ein Einbruch in das Kaiser-Museum zu Worms ausgeführt, wo den Dieben fast 1000 alte altorientalische Gold- und Silbermünzen sowie römische Schmuckgegenstände aus dem fünften Jahrhundert, die bei den Ausgrabungen in Palermo gefunden worden waren, in die Hände fielen. Es befand sich darunter auch ein Schmuckstück einer römischen Kaiserin, das die Stadt Worms in Friedenszeiten von der italienischen Regierung für mehrere hunderttausend Mark erworben hatte.

Von nützlichen „Patienten“ ausgeraubt. Ein eigenartiges Erlebnis hatte in der Sonnenbahn ein Bahnarzt in Berlin am Aufstiegsstamm. Er wurde gegen 12 Uhr nachts telefonisch angerufen und gebeten, für einen Patienten zu sprechen zu sein, der entsetzt unter Zahnschmerzen zu leiden hatte. Der Zahnarzt ließ das Hauslos öffnen. Drei junge Männer kamen in der Wohnung. Als er sie im Korridor empfing, wurde er und das glücklicherweise anwesende Dienstmädchen in das Schlafzimmer gedrängt, wo die Gattin des Zahnarztes im Bett lag. Einer der Männer zog einen Revolver und drohte, daß er beim geringfügigsten Laut schiessen würde. Die anderen suchten die Wohnung ab und packten an wertvollen Instrumenten, Teppichen und Kunstgegenständen alles zusammen, was sie nur tragen konnten. Schließlich holten sie den Dritten aus dem Schlafzimmer ab, der den Zahnarzt jetzt im Zimmer einlockte und den Zahnarzt mit

nahm. Die Diebe sind in der Dunkelheit entkommen. Eine Benachrichtigung der Polizei ließ sich nicht so schnell herbeischaffen, da die Verbrecher den Telefonhörer durchschnitten hatten.

Ruffenerregender Einwanderungsschwindel. Aus Berlin wird gemeldet: Ein gewisser Adolf Kallweit hatte eine große Reihe von Landarbeiterfamilien der Uckermark und aus Ostpreußen unter verlockenden Angeboten veranlaßt, sich ihm als angeblichen Vorsitzenden eines Verbandes deutscher Auswanderer zur Auswanderung nach Südamerika anzubereitern und Geld und Gut zu verkaufen. Er nahm ihnen Vorkaufsummen ab, ließ sich Lebensmittel von ihnen senden und ließ die Vertrauensseligen dann in Berlin, wo er sie zur Weiterbeförderung empfangen wollte, im Hand lichen Kallweit wurde verhaftet, mußte aber auf Grund eines ärztlichen Beschlusses, das seine Gastrüchtigkeit feststellte, wieder entlassen werden.

Eine Wählerin von 114 Jahren. Die älteste Frau Amerikas ist Mrs. Vomer, die vor 114 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. Als sie die Nachricht bekam, daß sie bei den nächsten Wahlen ihre Stimme abgeben solle, erklärte sie dies für modernen Unfuss, aber einer ihrer Schwiegerkinder suchte ihr Narzumarum, daß Wählerrecht und Wahlpflicht identisch seien. Daraufhin ist sie zur Wahlurne gegangen. Die alte Frau, die mit ihrer Zahnbürste unzerstrenlich zusammenknetet, pflegt, wie die „S.“ meldet, naturgemäß gerne von den guten Zeiten der guten alten Zeit zu erzählen. Sie hat ihre sämtlichen Kinder überlebt. Von ihren Enkelkindern leben noch 44 und von ihren Urenkeln 50. - In der Nähe von Kroomstad in Südafrika ist dieser Tage ein Farmer gefunden, der das patriarchalische Alter von 124 Jahren erreicht hat.

Gefälschte Dollarscheine. Der Kriminalpolizei in Essen ist es gelungen, eine aus vier Personen bestehende Fälschungsbande zu verhaften. Die Bande verfertigte Replikationsmünzen der Reichsbank, Notgeld der Stadt Oberhausen, Notgeld der Landesbank sowie 100-Dollarscheine und brachte sie in den Verkehr. Die 100-Dollarscheine wurden aus dem 1-Dollarschein hergestellt. Die gefälschten Dollarscheine wurden von der Bande in den verschiedenen Städten des Reichs, hauptsächlich in den „Schwarzen Wäldern“, in den Verkehr gebracht. Ein Mitglied der Bande, der Kaufmann Wenning, ist der Tapferkeit internationalen Hochstaplers. Obwohl er mehrmals unter dem Verdacht der Banknotenfälschung verhaftet worden war, gelang es ihm stets, sich selbst als ein Opfer einer Fälschung hinzustellen und wieder auf freien Fuß zu kommen. Er hat es besonders verstanden, die gefälschten Dollarscheine an Holländer abzusetzen. Gleichzeitig hat die Polizei die Hersteller und Verbreiter der falschen 4-Dollarscheine des Reichsbankes ermittelt und verhaftet. Es sind zwei Arbeiter aus Essen.

Volkswirtschaftliches.

Die 14. Breslauer Messe wurde am Sonntag, den 9. März, vormittags 11 Uhr, ohne besondere Feierlichkeit eröffnet. Ihre Dauer ist bis Dienstag, den 11. März einschließlich festgesetzt. Die Besichtigung der Messe ist wie die der Königsberger und der Leipziger ganz vorzüglich und auch in den Kreisen der Einkäufer, sowohl der inländischen als auch der ausländischen, zeigt sich bereits das rege Interesse. Die Sonderzüge, die diesmal in weitestgehend größerer Zahl verkehren, sind zur Herbstmesse, sind zum großen Teil bereits überfüllt, so daß der Bahnfahrplan geschlossen werden mußte. Aus dem Auslande, auch aus Frankreich, Amerika und Italien, liegen Nachfragen nach bestimmten Waren vor, und der Verkauf aus Polen wird durch niedrige Festsetzung der Platzgebühren seitens der polnischen und der deutschen Behörden nach Möglichkeit erleichtert. Die der letzten Herbstmesse wird der Messe eine besondere Aufmerksamkeit angegliedert, die diesmal besonders schlechten Charakter tragen wird. Diese Messe dauert vom 8 bis 10. März einschließlich.

Aufhebung aller Kreditstoppen. Offiziell wird mitgeteilt: Aus Anlaß der jüngst bekannt gewordenen Uebergriffen der oftmals eingeschärften Vorsicht, daß Aufträge für Devisenkäufe nur bei voller Deckung ausgegeben werden dürfen, haben der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes E. V. und die Vereinigung Berliner Banken und Bankiers erneut mit der Reichsbank vereinbart, daß ihre Mitglieder die genaueste Innehaltung dieser Vorschriften ihren sämtlichen Stellen zur strengen Wahrung. Sie haben sich auch wegen der ungewissen Gefahr, die die Nichtachtung dieser Vorschriften für die allgemeine Wirtschaft heraufbeschwört, verpflichtet, jeden Angehörigen, der den Vorschriften zuwiderhandelt, fristlos aus ihren Diensten zu entlassen. Mit Rücksicht auf diesen Beschluß des Zentralverbandes und der Berliner Stempelvereinigung hat das Reichsbankdirektorium beschlossen, die zurzeit noch laufenden, gegen eine Reihe von Banken und Bankfirmen verhängten Maßnahmen zu suspendieren. Bei etwa neu zur Kenntnis gelangenden Zuwiderhandlungen wird aber mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden.

Zur Behebung der Kapitalnot. Um der gegenwärtigen außerordentlichen Betriebsmittelknappheit Rechnung zu tragen, hat der Verband Sächsischer Industrieller eine Verlängerung der Laufdauer der Warenwechsel bei der Reichsbank beantragt in der begründeten Annahme, daß, falls eine solche Verlängerung eingeführt wird, auch andere Stellen die Laufdauer ihrer Wechsel wesentlich verlängern können. Auf diesem Wege kann zweifellos eine Erleichterung der Betriebsmittelnot herbeigeführt werden. Es ist zu hoffen, daß das Reichsbankdirektorium dem Antrage des Verbandes möglichst beschleunigt Rechnung trägt.

Zur Gründung der österreichischen Handelskammer in Deutschland. Das Präsidium des Reichs-Ausschusses zur Gründung der österreichischen Handelskammer in Deutschland besteht aus folgenden Herren: Reichsfinanzminister Wilhelm Delle, Berlin, Präsident, Kommerzienrat Paul Kleiber, Berlin, Vize-Präsident, Kommerzienrat J. Bronner, Berlin, Dr. Golze, Berlin, Kommerzienrat Eugen Henk, München, Direktor Viktor Jwina, Wien-Berlin. Die provisorischen Amtsräume befinden sich Berlin SW. 68, Lindenstraße 106.

Güterverkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen. Aus den soeben veröffentlichten amtlichen Angaben über den Güterverkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen ergibt sich, daß das Jahr 1923 sehr ungünstig abschloß. Im Jahre 1922, in dem nur etwa 60 Prozent der Gütermengen der Vorkriegszeit auf den deutschen Wasserstraßen befördert worden sind, wurden immerhin noch rund 35 Mill. Tonnen Güter im Binnenverkehr verfrachtet. Im Jahre 1923 aber nur 15,6 Mill. Tonnen. Dieser Güterverkehr macht nur 27 Prozent des Vorkriegsverkehrs aus. Ohne Zweifel ist daran die schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft durch den Ruhrkampf schuld. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß etwa nur die Binnenwasserstraßen, die unmittelbar von der fremden Besatzungspolitik berührt worden ist, gelitten hätte. Ohne Ruhr und Rhein hat die deutsche Binnenwasserstraßen 1923 10,2 Mill. Tonnen Güter befördert, 1922 aber nur 7,5 Mill. Tonnen. In diesen Siffern spiegelt sich die Güternot und die wirtschaftliche Erstarrung Deutschlands während des Ruhrkampfes wider.

Heutiger Dollarkurs (amt.): 421050000000

Anzahlblätter

Zeugenvernehmung im Hitler-Prozess

München. Die Vormittagssitzung am Sonnabend begann mit der Vernehmung des Obersten Ober-Regimentsführers, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand.

Die Kontrollmaßnahmen haben insofern eine Verschärfung erfahren, als bei nicht öffentlichen Verhandlungen das Publikum sich nicht in den ersten Stock setzen darf, weil Unterhaltungen vor dem Sitzungssaal nicht gebildet werden können.

Um 10.15 Uhr wurde die öffentliche Sitzung aufgenommen. Zunächst gab General Ludendorff gegenüber den Ausführungen des Generals von Arsh die Erklärung ab, daß die Angeklagten Mitglieder des alten Heeres seien und im Kriege gekämpft hätten. Sie hätten in der Reichswehr die Fortsetzung des alten Heeres. Sie kämpften nicht gegen die Reichswehr und gegen das Offizierskorps.

Darauf wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Generalmajor von Tieschowitz wandte sich gegen die Behauptung, daß Angehörige der Infanterieschule, die Auslagen über den Teufant Wagner zu machen hätten, von ihren Vorgesetzten in unerschütterlicher Weise behandelt worden wären. Diese Behauptung treffe nicht zu. General v. Epp machte die Feststellung, er habe seinerzeit die Studentenschaft nicht eingeladen, um sie zur Parteiannahme für Herrn v. Raahr zu gewinnen, er habe nur die Absicht gehabt, beruhigend auf die Gemüter einzuwirken. Auf Befragen der Zeugen, daß es einige höhere Offiziere waren, die ihn beraten hätten, die Botschaft mit der Studentenschaft zu arrangieren. Justizrat Kohl tritt den Ausführungen Epps entgegen, indem er bemerkt, Epp habe beispielsweise bitter Ehrenwortbruch vorantworren und außerdem Oberleutnant Rohbach angegriffen. Er sei stolz darauf, daß sein Sohn bei der Besprechung im Namen der deutschen Burgenenschaft erklärt habe, die deutsche Burgenenschaft stelle sich nicht hinter einen Mann, der sein Wort gebrochen habe.

Darauf folgte die Vernehmung des Generalleutnants Karl v. Hildebrand. Der Zeuge betont, daß General von Ludendorff an das Wort Raahr fest gehalten habe. Als in den Morgenstunden des 9. November sich die Angelegenheit verwickelte, daß Raahr seine Ansicht geändert habe, ab Ludendorff in dieser Hinsicht Raahr einen nachträglichen Umsturz. In gleicher Weise habe Ludendorff das Wort Eppos bewertete. Ludendorff habe auch darin, daß ihm Raahr und Koffow von ihrem Umsturz keine Mitteilung machten, einen Bericht an der Bewegung über Ludendorff gegeben dem Zeugen u. a., er habe sich entschlossen, der völkischen Bewegung die Treue zu halten, und er würde ein ganz gemeiner Schurke sein, wenn er Hitler in dieser Angelegenheit verläßt hätte. Das die Weisungen Ludendorffs über eine katholische Gefahr betrafen, so erklärt der Zeuge, Generalleutnant v. Hildebrand, er habe kaum eine Rede von Ludendorff gehört, in der er nicht von Gottvertrauen sprach. Ludendorff habe aus christlichen Gründen niemals die Raketen unter die Protektanten gestellt.

Der nächste Zeuge, Oberleutnant v. Berchem, Kommandeur des 1. Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 19, wird zunächst unverrichtigt vernommen. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß Oberleutnant Braun den Leutnant Cobella erschossen habe, und bezeichnet dies als Verleumdung, wogegen Justizrat Schramm protestiert. Darauf wurde

Polizeimajor Freiherr v. Imhoff

vernommen. Gegen die Verleumdung dieses Zeugen erhebt Rechtsanwalt Roder Einspruch, daß dieser Zeuge in erster Linie als Mittäter in Betracht komme, wenn hier von Hochverrat gesprochen werden könne. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, Imhoff zu verurteilen.

Polizeimajor Freiherr v. Imhoff führte an Hand von schriftlichen Aufzeichnungen aus, Oberst Panzer habe in der Offiziersbesprechung der Landespolizei in München am 8. Oktober festgehalten, für die Landespolizei gebe es nur die Pflicht, sie müsse gegen alle Umsturzversuche einschreiten. Außerdem habe Panzer damals angeordnet, daß in diesem Sinne auch die Verbände befehlet werden sollten, und daß dadurch den damals kursierenden Gerüchten entgegenzutreten sei. In der Offiziersbesprechung bei Oberst v. Seißer am 3. November habe dieser gesagt, Hitler und Ludendorff streben die Bildung einer nationalen Reichsregierung an, wobei Herr v. Raahr niemals mittun würde. Ludendorff habe sich verpflichtet, nichts zu unternehmen, was ihn in Konflikt mit der Landespolizei oder mit der Reichswehr bringen könne. Dieser habe erklärt, er würde nichts unternehmen ohne vorherige Verabredung des Generalstaatskommissariats. Seisser betonte noch: Sollte wider Erwarten der Kampfbund doch losbrechen, so wisse er, daß die Landespolizei nicht mittun werde, so schwer es ihr auch falle. Darüber seien auch die genannten Herren nicht im geringsten Zweifel gelassen worden. Außerdem erwähnte Seisser, daß die Namen Raahr, Koffow und Seisser für ein Flugblatt mißbraucht worden seien.

Freiherr von Imhoff kommt dann auf die Ereignisse am 8. November abends zu sprechen. Auf die Nachricht von dem Ueberfall im Bürgerbräukeller habe er die Landespolizei alarmiert und auf eigene Verantwortung die Besetzung der Hauptpost und des Telegrafenamtes veranlaßt, um die Fernleitungen in der Hand zu haben. Er habe damals den Ereignissen mit innerem Mißtrauen gegenübergesehen. Seisser habe in der Türfensterlounge u. a. geäußert: „Das war ein zweiter Rapp-Putsch, aber noch schlechter als der erste.“ Zeuge schildert dann die weiteren Vorgänge. Nach 8 Uhr morgens sei ein Abgesandter des Generalstaatskommissariats gekommen, der den schweren Auftrag der Verhaftung der Herren Wagner und Fric überbrachte. Auf die Frage der Verleumdung, ob sich Oberamtmann Fric als Polizeipräsident vorgebeugt habe und ob dieser nach der Auffassung des Zeugen vorher von den Ereignissen Kenntnis hatte, erklärt Zeuge, er habe keinen Anlaß, dies zu behaupten. Auf eine weitere Frage erwidert Zeuge, es sei ihm nicht bekannt, daß Ehrhardt ein Ausweis darüber ausgestellt wurde, daß er im Dienste der Polizei stand. Weiter bestätigte Zeuge, daß durch die Landespolizei der Befehl zur Verhaftung Ludendorffs gelangt sei. Auf die Frage eines Verteidigers, ob Zeuge die Weiß-Blaue Schrift bekannt sei, antwortet dieser, davon nichts zu wissen. Auf Befragen Hitlers erklärt Zeuge, er habe den Eindruck gehabt, daß Seisser die Ereignisse im Bürgerbräukeller ablehne. Er habe den weiteren Eindruck gehabt, daß es Seisser vor allem darauf ankomme, unter allen Umständen die nötigen Maßnahmen auch von auswärts herbeizubringen.

Darauf entwickelt sich noch ein Redespiel zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung, wobei Rechtsanwalt Kohl sagt, der Hauptzeuge sei nicht Koffow und nicht Seisser, sondern Raahr. Raahr müsse am Montag vernommen werden, die Verteidigung müsse neuerdings zahlreiche Fragen stellen, die schließlich doch nur Raahr beantworten könne.

Rechtsanwalt Kohl überreicht dem Vorsitzenden einen schriftlichen Antrag auf Feststellung des Oberamtmanns Fric, da der ganze Fragenkomplex gegen Fric durchbehandelt sei und keine Festsetzung bestehe. Der Vorsitzende erklärt hieran, daß er den Antrag an die Staatsanwaltschaft weitergeben werde. Ferner heißt Justizrat Kohl den Antrag auf Feststellung Brückners, da in dieser Sache überhaupt kein Beweis mehr vernommen werde. — Nachdem Rechtsan-

walt Roder noch eingehend den Antrag auf Feststellung Fric's bearbeitet hatte, wurde die Sitzung auf Montag vor-mittag vertagt.

München. Amlich wird mitgeteilt: Die Bayerische Regierung hat unmittelbar nach der Verteilungsschleife des Generals Ludendorff dem Reichshofischen Ministium in München, Monksmore Pöckel, mündlich ihr lebhaftes Bedauern über die in dieser Rede gegen den Heiligen Stuhl gerichteten Angriffe zum Ausdruck gebracht und hierbei betont, daß sie diese in jeder Hinsicht unbedenklichen Angriffe außerordentlich peinlich und schmerzhaft empfinde.

Die Leipziger Messe beendet.

Leipzig. Die am Sonnabend beendete Leipziger Frühjahrsmesse hat die auf sie erhobenen Erwartungen von Handel und Industrie weit übertraffen. 14.000 Aussteller hatten eine Warenliste veranfaßt, wie sie bisher keine Messe der Welt aufweisen konnte. Insbesondere zeigte die technische Messe Höchstleistungen der deutschen Technik aller Gattungen. Auf Grund der außerordentlichen Ausstellerzahl und Einkäuferzahl verzeichnete die Messe rund 170.000 geschäftliche Verhandlungen, eine Zahl, die bisher noch nie erreicht wurde. In- und ausländische Einkäufer, sowohl aus den europäischen Staaten wie aus den Ueberseegebieten, waren stark vertreten; vor allem hatten auch die großen amerikanischen und englischen Einkäufer ihre Vertreter entsandt. Der Auftrieb der Besucher hielt die ganze Woche hindurch an. Am Freitag des Abends in den letzten Messetagen noch recht zahlreich eingetroffenen ausländischen Besuchern wird eine ansehnliche Veränderung in Erwägung gezogen, zumal man damit nicht nur den Wünschen der kapitalstarken Auslandseinkäufer, sondern auch einem großen Teil der Aussteller selbst, vor allem der technischen Industrie, gerecht werden dürfte. Die Messe ergab ein außerordentlich gutes Bedarfsverhältnis, das durch die Verdrängung von Kuchener und Eiswaren in der Preis- und Kreditfrage wesentlich gefördert wurde. Dem Charakter der deutschen Produktion entsprechend war der Warenumfang in mittleren und ersten Qualitäten besonders gut. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß alle Industriezweige auf ein befriedigendes, teilweise sogar ein sehr gutes Geschäft zurückblicken können. Die ankommende Industrie dürfte für die nächste Zeit einen guten Geschäftslauf und einen starken Auftragszufluß erwarten, jedoch auch die Arbeitsmarktlage dürfte dadurch beeinflusst werden. Vor allem aber hat die Messe wieder bewiesen, daß die Rückkehr der deutschen Wirtschaft zu normalen Verhältnissen mit Unterstützung des Weltmarktes der Leipziger Messe auf dem besten Wege ist. Trotz der geringen Besucherzahlen, zu deren Verbesserung zu und von der Messe außer den schon erwähnten Mitteln gegen 500 Sonderausstellungen notwendig waren, wickelte sich der Verkehr sowohl in den Verkaufsläden selbst, wie auch in den Verkaufstrassen statt und reibungslos ab. Die organisierten Einrichtungen funktionierten einwandfrei und die Bevölkerung Leipzigs bereitet die Messebeendigung eine so freundliche Aufnahme, daß diese wohl ausnahmslos den besten Eindruck von dieser Messe empfangen haben und beifriedigt in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden. Der Auftrieb nahm einen Umfang an, wie noch niemals seit seinem Bestehen; weit über 1000 Passagiere wurden befördert.

Für Herabsetzung der Bärenumfabsteuer.

Berlin. Im großen Saale der Singakademie fand Sonnabend mittags eine eindrucksvolle Kundgebung für eine Herabsetzung der Bärenumfabsteuer statt, an der sich u. a. zahlreiche Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, des Börsenvereins der Fondsbörse zu Berlin, der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers, der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen, der Kassenkammer zu Berlin, der Kassenkammer und der Gemeinshaft der Berliner Börsenvertreter beteiligten. Der Reichstag war außerordentlich stark. Die Leitung der Kundgebung lag in den Händen des Geheimrates Koppke, des Präsidenten des Börsenvereins. Unter den Anwesenden bemerkte man: Ministerialrat Dr. Horn und Regierungsrat Dr. Rapp vom Reichsfinanzministerium, Dr. Lauterbach vom Reichswirtschaftsministerium, in Staatsminister Dr. Ernst vom Preussischen Handelsministerium, den Direktor Dr. Korthoff von der Reichsbank, den Präsidenten Franz v. Wendelsheim und Geheimrat von Borzigt von der Handelskammer, den Geheimrat Eugenheimer vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Generaldirektor Schmidt vom Zentralverband des Deutschen Großhandels und für das Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer und Cielinski.

Dann sprachen nachträglich Dr. Eduard Roder, der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft Berlin, für den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers, Geheimrat Kommerzialrat Franke von der Firma Jaquier und Securius als Vorsitzender des Vereins für die Interessen der Fondsbörse zu Berlin und der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen, Bankier Lichtenheim von der Firma Königberger und Lichtenheim als Mitglied des Börsenvereins, Geheimrat Eugenheimer vom Reichsverband der Deutschen Industrie, der Kurzmaler Stein für die Kassenkammer der Berliner Börse, Siegfried Sedelohm, der Vorsitzende der Kassenkammer für die Preisen Kassen, der Arbeitsdirektor Ballot von der Deutschen Bank für die Gemeinshaft der Berliner Börsenvertreter, Generaldirektor Schmidt vom Zentralverband des Deutschen Großhandels und für das Präsidium des Handelsbundes Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer. Sämtliche Ausführungen erzielten lebhaften Beifall.

In einer Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, kamen folgende Wünsche der Versammlung zum Ausdruck: Die Versammlung ist darin einig, daß die im Verordnungswege eingeführten Zuschläge zu den Bärenumfabsteuerziffern, insbesondere diejenigen für die Umsätze in Dividendenwerten, vom Verleher und von der Wirtschaft unter keinen Umständen länger getragen werden können. In ihrer Fortsetzung bedeuten sie nicht nur eine völlige Lahmung des Börsenverkehrs, sondern vor allem eine schwere Behinderung der Kapitalbeschaffung für Industrie, Handel und Gewerbe, außerdem aber auch für viele Kreise der Bevölkerung eine Beinträchtigung der sachgemäßen Vermögensverwaltung; denn eine solche ist undenkbar, wenn infolge der Höhe der Steuern jede Verdringung der Kapitalanlage mit empfindlichen Verlusten verbunden ist. Durch Aufrechterhaltung der übermäßigen Höhe beruht sie überdies die Reichsfinanzverwaltung der erhöhten Einnahmen, die ihr bei einer entsprechenden Gestaltung der Steuer aus den erhöhten Umsätzen zufließen würden. Die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz und die Gefährdung der Steuerkraft zahlreicher Bank- und Kassenfirmen, sowie großer Schichten der Bankangestellten hat die unmittelbare oder mittelbare Schädigung wichtiger Interessen der Allgemeinheit zur Folge. Die Verminderung richtet an die Reichsregie-

zung das dringende Ersuchen, unter Würdigung aller dieser Gründe mit größter Beschleunigung eine Verordnung zu erlassen, die durch Herabsetzung der im Besonderen selbst vorgesehene Steuerziffer der gesamtwirtschaftlichen Notlage abhilft. Des weiteren bittet die Versammlung die Regierung, bei d'lem Anlaß die Börsenumsatzsteuer für solche Devisengeschäfte auszuheben, bei denen Devisen nicht gegen Zahlungsmittel deutscher Währung umgetauscht, sondern in geleistete Zulieferer und wirtschaftlich notwendigen Werken gegen Waren in Zahlung gegeben werden oder den Gegenstand von Tausch, Leih- oder Kreditgeschäften bilden. Eine steuerliche Begünstigung dieser Geschäfte empfiehlt sich namentlich insoweit, als sie zu einer Verminderung der Finanzbelastung des Devisenmarktes und der Reichsbank beitragen und die Einfuhr wirtschaftlich notwendiger Rohstoffe und Waren erleichtern.

Wirtschaftstagung der Deutschen Studentenschaft.

Die Wirtschaftsbildung der Deutschen Studentenschaft hat die Leiter und Mitarbeiter der örtlichen Wirtschaftsorganisationen von 60 Hochschulen nach Pommern zusammen gerufen, um zu beraten, wie die Selbsthilfe der Deutschen Studentenschaft fortgeführt werden soll. 25 Dozenten, Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und des deutschen Wirtschaftslebens, Gäste aus dem Ausland nahmen an der Tagung teil.

Nach der Eröffnungssprache von Professor von Blum, Thüringen, hielten Beratungskonferenzen Staatspräsident Reich und Ministerialdirektor von Ullrich. Ein guter Wirtschaftskörper ist für eine Hochschule fast ebenso wichtig wie ein guter Lehrkörper. In diesem Satz kann man die warme Begrüßungsansprache des Rektors der Technischen Hochschule Darmstadt, Professor Dreibrod, zusammenfassen. Ministerialdirektor Dr. Krück, der den preussischen Kultusminister vertrat, begrüßte das Gemeinsame in der Selbsthilfe zwischen Universitätsverwaltungen, Hochschulbehörden, Dozentenchaft, Studentenschaft und Wirtschaft. Außerdem sprachen Dr. Döring für den Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinerung der Deutschen Arbeitgeverbände und der Vorsitz der Deutschen Studentenschaft Weiskopf.

Im Geschäftsbericht hob der Hauptgeschäftsführer Dr. Schaller hervor, daß es den studentischen Selbsthilfeorganisationen gelungen ist, über die Klappen der Inflationsteilverhältnisse hinaus zu kommen. Das Reichstudentenrat und der gesamtwirtschaftliche Zusammenschluß zu Wirtschaftskörpern haben sich in den letzten drei Jahren an allen Hochschulen bewährt. Im vergangenen Semester haben die Studentenschaften täglich durchschnittlich 45.000 Portionen aus. Die Zahl der Werkstudenten ist in den letzten Jahren auf beinahe 64.000 gestiegen, „obwohl ungefähr die Hälfte der deutschen Studenten erwerbstätig war. Diese Selbsthilfe der Studentenschaft war nur möglich infolge der weitestgehenden Unterstützung durch die deutsche Industrie, Landwirtschaft und die zahlreichen Freunde im Ausland.“ Im Mittelpunkt der Besprechungen des ersten Verhandlungstages standen Fragen der Organisation der örtlichen studentischen Wirtschaftsarbeit, außerdem wurde die Stellung der Wirtschaftskörper zu der Studentenschaft erörtert. Nach teilweise lebhafter Aussprache war sich die Tagung darüber einig, daß ein möglichst enges und gutes Verhältnis unbedingte Voraussetzung für die Durchführung der Selbsthilfeaufgaben sei.

Zimmer neue französische Forderungen.

Trotz der Zusicherungen, daß nach Abbau des passiven Überhandes die Befragung im Ruhrgebiet möglichst ungeschick gemacht werden solle, sind erneut in großer Anzahl Beschlagnahmungen von Gebäuden und Wohnräumen vorgenommen worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat den französischen Oberbefehlshaber gebeten, wenigstens für das Ruhrgebiet zuzusichern, daß Neubauten nicht beschlagnahmt werden, damit die Bau-tätigkeit sich wieder beleben könne, aber der französische General hat diese Zusicherung ausdrücklich abgelehnt. Auch die deutschen Vorstellungen gegen die Beschlagnahme von Schulen sind ohne Erfolg geblieben. Noch in den letzten Monaten sind erhebliche Mengen von Schulen und Schulhäusern beschlagnahmt worden, z. B. im Landkreis Kreisfeld eine Schule und die Turnhalle, im Landkreis Witten neuerdings acht Schulen, im Stadtkreis Düsseldorf zwölf Schulen und zwölf Turnhallen, ferner in verschiedenen anderen Orten insgesamt zehn Schulen. In einer Reihe von Orten sind Schulhäuser und Schulgebäude teilweise beschlagnahmt worden. Im Stadtkreis Remscheid sind 1288 und im Stadtkreis Düsseldorf 6743 Schulkinder nicht oder nicht ausreichend beschult. Nach einer Uebersicht aus dem altbedienten Gebiet sind dort bisher an Bauten 29 Truppenlager angefordert worden, die zum größten Teil als maltsche Barackenbauten ausgeführt werden müssen. Außerdem sind Neubauten von 19 Kasernen und Kaserneanlagen verlangt worden und zur Entlastung der Gemeinden müssen weitere 11 Kasernen gebaut werden.

Das Gelbbuch der französischen Regierung.

Paris. Das von der französischen Regierung herausgegebene Gelbbuch über die Verhandlungen über die Frage der Sicherheit vor einem Angriff Deutschlands ist Sonnabend vormittag der Presse übergeben worden. Die veröffentlichten Dokumente, 45 an der Zahl, erstrecken sich auf die Zeit vom 10. 1. 1919 bis 17. 9. 1923, 16 Dokumente beziehen sich auf die Arbeiten der Friedenskonferenz, die anderen einzig und allein auf Verhandlungen, die zwischen der französischen und der englischen Regierung seit dem 21. 12. 1921 geführt worden sind. Den Dokumenten sind angehängt zwei Kammerreden des französischen Ministerpräsidenten Poincaré vom 28. 11. und 7. 12. 1923 sowie Protokolle der Beratungen des Völkerbundes über die Herabsetzung der Rüstungen.

Kommunisten-Einbruch in die Räume des holländischen Ollskomitees.

Essen. Am Sonnabend nachmittag wurde in die Geschäftsräume des Arbeiter-Ollskomitees „Deutschland in Holland“, das sich mit der Förderung deutscher Arbeiterkinder nach Holland und der täglichen unentgeltlichen Speisung bedürftiger deutscher Kinder befaßt, ein Einbruch verübt. Die jetzigen Geschäftsräume des Komitees in der Weidenstraße hatte früher die Union der Hand- und Korbarbeiter inne. Die Union hatte sich in zwei Teile gespalten, wovon der eine Teil unter kommunistischer Führung nach Bochum übergesiedelt war. Diese Gruppe drang unter Führung des Leiters der Union in Bochum, des Kommunisten Wag Müller, und des Weidenstrassers Fritz Schneider in Stärke von etwa 20 Mann in die Räume des holländischen Ollskomitees ein und raubt sämtliches Inventar des Büros, darunter auch sämtliche Listen der Kinder, die bereits nach Holland befördert sind, und einen Betrag von etwa 500 holländischen Gulden, der in den Schränken verwahrt war. Wobin die Räuber das gestohlene Material gebracht haben, ist unbekannt.

